

Handreichung

zur Auseinandersetzung über „Kooperation Schule/Bundeswehr“ in Baden-Württemberg

30. Juli 2014



Dokumente zur strittigen Herangehensweise des Kampagnenrats „Schulfrei für die Bundeswehr“ zur Politik der Grün-Roten Landesregierung und von Kultusminister Stoch unter dem verlogenen Label „Bundeswehr und Pazifisten in Schulen auf Augenhöhe“

<p>ohne Datumsangabe Webseite Kultusministerium (KM) "Kooperation Schule/Bundeswehr" (Juli 2014)</p>	2
<p>27. Juli KM-Ausführungsbestimmungen zur Kooperationsvereinbarung Schule/Bundeswehr</p>	3 - 4
<p>18. Juli Hagen Battran an Kampagnenrat (KR) mit Textentwurf zur „Friedensbildung“</p>	5
<p>14. Juli Renzo Costantino (KM) an Hagen Battran (Runder Tisch Freiburg) über „Bildungsplanreform 2016 – Einführung einer Leitperspektive Friedenserziehung“</p>	6 - 7
<p>10. Juli KM an KR „Friedensbildung an BaWü-Schulen“ mit Entwurf „Gemeinsame Erklärung“</p>	8 - 11
<p>17. Juni Pressemitteilung über KM/KR-Gespräch am 5. Juni und Presseberichte vom 11. Juni</p>	12
<p>11. Juni Badische Zeitung „Streit um Bundeswehr in Schulen – Pazifisten sollen mitwirken dürfen“ und weitere Presse-Artikel "Bundeswehr und Pazifisten an Schulen auf Augenhöhe"</p>	13
<p>21. März Pressemitteilung zur Bildungsmesse didacta „Friedensbildung statt Militärwerbung“</p>	14
<p>22. Januar Aktionskonferenz für militärfreie Bildung: Tagesordnung und Reader mit Grußbotschaft Prof. Gregor Lang-Wojtasik (PH Weingarten)</p>	15 - 16



Kooperation Schule/Bundeswehr

Kaum eine andere große Frage bewegt junge Menschen so sehr wie die von Krieg und Frieden. Schülerinnen und Schüler drängen im Unterricht nach Informationen und Erklärungen, sie sind wissbegierig, meinungsfreudig und diskussionsbereit. Sie sollen sich ein ausgewogenes Bild zu Fragen der Friedenssicherung und Sicherheitspolitik machen können. Kultusminister Andreas Stoch will zudem das Thema Friedenssicherung in den Schulen stärker verankern.

Seit dem Jahr 2009 gibt es in Baden-Württemberg eine Kooperationsvereinbarung zwischen dem Kultusministerium und der Bundeswehr. Diese wurde vom damaligen Kultusminister Helmut Rau und Generalmajor Gert Wessels unterzeichnet. Sie wurde mit der Absicht getroffen, die Auseinandersetzung der Schülerinnen und Schüler der Sekundarbereiche I und II mit sicherheitspolitischen Fragestellungen zu fördern. Sie sollen befähigt und motiviert werden, die Möglichkeiten der Friedenssicherung zu erörtern. Im Sinne der Vereinbarung haben Schulen u.a. die Möglichkeit, Jugendoffiziere einzuladen, um Schülerinnen und Schüler über deutsche Sicherheitspolitik zu informieren und über Fragen der Friedenssicherung zu diskutieren. Sie dient ausdrücklich nicht dazu, für Tätigkeiten innerhalb der Bundeswehr zu werben.

Nach dem Regierungswechsel im Jahr 2011 wurden die Diskussionen über die Vereinbarung angesichts der Kritik von SPD und Grünen aufgegriffen. Die neue grün-rote Landesregierung hatte ihre Absicht erklärt, die bisherige Kooperationsvereinbarung weiterzuentwickeln. Kultusminister Andreas Stoch hat deshalb Gespräche sowohl mit Vertretern der Bundeswehr als auch mit Vertretern der Friedensorganisationen geführt. In den Gesprächen wurde diskutiert, wie die Vereinbarung mit der Bundeswehr gemeinsam mit den Friedensinitiativen weiterentwickelt werden kann. Die angestrebte Übereinkunft soll den Prinzipien des Beutelsbacher Konsenses folgen, wonach kontroverse Themen im Unterricht kontrovers diskutiert werden sollen.

Derzeit (Stand Juli 2014) strebt das Kultusministerium an, die bisherige Vereinbarung mit der Bundeswehr in wesentlichen Punkten weiterzuentwickeln. Mit den Vertretern der Bundeswehr wurde der Entwurf einer überarbeiteten Kooperationsvereinbarung abgesprochen, in der die Grundsätze des Beutelsbacher Konsenses – vor allem der Kontroversalitätsgebot – deutlich gestärkt werden und in der das Verbot, dass Jugendoffiziere in Schulen für Tätigkeit in der Bundeswehr werben, ausdrücklich festgeschrieben ist.

Außerdem ist in der weiterentwickelten Kooperationsvereinbarung – im Unterschied zu der bisherigen – vorgesehen, dass Referendare nicht gegen ihren Willen während ihrer Ausbildung an den Staatlichen Seminaren an Angebote der Bundeswehr teilnehmen müssen.

Kultusminister Stoch will darüber hinaus die Friedensbildung sowohl im schulischen als auch im außerschulischen Bereich verstärken und dabei auch Konfliktlösungen und die Gewaltprävention an den Schulen in einem breiten Rahmen aufnehmen. Das Kultusministerium will dazu, eine gemeinsame Lösung mit den Friedensorganisationen erreichen. In einer Vereinbarung soll dargestellt werden wie das Thema Friedensbildung im schulischen und außerschulischen Bereich gestärkt wird.

Anmerkung DS: Der Herr Minister hat offenbar Probleme mit der deutschen Sprache. Mit „Kontroversalitätsgebot“ scheint er „Kontroversitätsgebot“ zu meinen. Vielleicht ist es auch eine neue Wortschöpfung zur Einseifung der Öffentlichkeit über die neuartige Gleichstellung von Pazifisten mit der Bundeswehr an Schulen.

Anlage 1

Kooperationsvereinbarung zwischen dem Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg und dem Landeskommmando Baden-Württemberg der Bundeswehr

I.

Eine lebendige Gesellschaft ist auf die Fähigkeit und Bereitschaft ihrer Mitglieder angewiesen, sich mit politischen Themen auseinanderzusetzen, den politischen Prozess zu verfolgen, sich an ihm zu beteiligen und Mitverantwortung zu übernehmen.

Politische Bildung in der Schule zielt auf eine derartige Mündigkeit in der demokratischen Gesellschaft. In einer durch wachsende internationale Verflechtungen gekennzeichneten Welt bedarf es dabei in zunehmendem Maße einer reflektierten und kritischen Auseinandersetzung mit Fragen internationaler Politik, auch der Sicherheitspolitik.

II.

Vor diesem Hintergrund wollen wir den Schülerinnen und Schülern einen zusätzlichen Zugang zu Informationen im Themenfeld der Friedens- und Sicherheitspolitik eröffnen. Zu diesem Zweck schließen wir die vorliegende Kooperationsvereinbarung. Ziel ist es dabei, die Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufen I und II der allgemein bildenden sowie die Schülerinnen und Schüler der beruflichen Schulen zu befähigen, sich mit Fragen internationaler Verständigung und Zusammenarbeit sowie mit unterschiedlichen Strategien der Friedenserhaltung eigenständig auseinanderzusetzen. Schülerinnen und Schüler sollen dabei lernen, kontroverse Positionen abzuwägen und zu einem eigenen Urteil zu kommen.

Jugendoffiziere bzw. Jugendoffizierinnen der Bundeswehr informieren im Rahmen schulischer Veranstaltungen über die zur Friedenssicherung möglichen Instrumente der Politik und die damit zusammenhängenden Aufgabenstellungen der Bundeswehr. Von besonderer Bedeutung ist dabei die Vermittlung von Kenntnissen zur globalen Konfliktverhütung und zur Krisenbewältigung. Bei den Veranstaltungen sind die verantwortlichen Lehrerinnen und Lehrer durchgehend anwesend und für den Unterricht verantwortlich. Sie sorgen ferner für eine angemessene Vor- und Nachbereitung des Besuchs externer Experten.

III.

Allgemeine Grundlage für die Behandlung von Fragen der Friedens- und Sicherheitspolitik im Schulunterricht im Rahmen der politischen Bildung sind die entsprechenden Vorgaben des Grundgesetzes, der Landesverfassung Baden-Württemberg, des Schulgesetzes und der Bildungspläne.

In diesem Rahmen beruht die Zusammenarbeit zwischen Bundeswehr und Schulen auf folgenden Prinzipien:

- Die Jugendoffiziere bzw. Jugendoffizierinnen verpflichten sich, die Grundsätze des "Beutelsbacher Konsenses" einzuhalten und insbesondere kontroverse Fragen auch kontrovers darzustellen.
- Die Lehrerinnen und Lehrer sowie die Anwärter bzw. Referendare entscheiden selbst- und eigenverantwortlich über die Inanspruchnahme der Angebote der Jugendoffiziere zur politischen Bildung. Veranstaltungen der Seminare unter Einbindung von Jugendoffizieren sind auch im Rahmen der Ausbildung der Anwärter und Referendare keine Pflichtveranstaltungen.
- Die Jugendoffiziere bzw. Jugendoffizierinnen dürfen nicht für den Dienst in der Bundeswehr werben.

In die Kooperation werden der nachgeordnete Bereich des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg und der unterstellte Bereich des Landeskommandos Baden-Württemberg der Bundeswehr einbezogen.

Jeweils zum Schuljahresende erfolgt ein schriftlicher Bericht der Bundeswehr an das Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg über die Umsetzung der Kooperationsvereinbarung.

Mit der vorliegenden Vereinbarung verliert die Kooperationsvereinbarung vom 04.12.2009 ihre Gültigkeit.

Stuttgart, den...

.....

.....

Andreas Stoch MdL
Minister für Kultus, Jugend und Sport
Baden-Württemberg

Oberst Michael Kuhn
Landeskommmando
Baden-Württemberg der
Bundeswehr

Von: Bw-schulfrei-kampagnenrat [mailto:bw-schulfrei-kampagnenrat-bounces@info.dfg-vk.de]

Im Auftrag von Hagen Battran

Gesendet: Freitag, 18. Juli 2014 11:41

An: Kampagnenrat

Betreff: **[Bw-schulfrei-kampagnenrat]**

Mein Vorschlag für eine gemeinsame Erklärung mit dem KM

Vorschlag zur Reaktion auf den KM-Text vom 10.07.14

Gemeinsame Erklärung

des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport

- vertreten durch Minister Andreas Stoch MdL- (...) und (...)

zur Stärkung der Friedensbildung in den baden-württembergischen Schulen.

Artikel 12 der Landesverfassung regelt, dass die Jugend u.a. zur „Brüderlichkeit aller Menschen und zur Friedensliebe“ zu erziehen ist. Diese Aufgabe kommt den Eltern, den Schulen des Landes, aber auch der außerschulischen Jugendbildung sowie der Kinder- und Jugendarbeit zu. Die Umsetzung dieser Aufgabe hat für die baden-württembergische Landesregierung hohe Priorität.

Das gewaltfreie Zusammenleben in Schule und Gesellschaft ist ein hohes Gut und keineswegs selbstverständlich. Es bedarf dafür der Auseinandersetzung mit den unterschiedlichen Formen von Gewalt sowie der Erarbeitung von Strategien gegen Gewalt und der Entwicklung eines Bewusstseins,

wie Menschen respektvoll zusammen leben können. Auf internationaler Ebene verlangen globale Gefährdungen und Bedrohungen des Friedens nach zeitgemäßen, dem Friedensgebot des Grundgesetzes verpflichteten Antworten. Das Ringen um diese Antworten und die Förderung der eigenständigen Meinungsbildung auf Basis der Grundsätze des Beutelsbacher Konsenses haben in der Schule und in der außerschulischen Bildungsarbeit einen herausragenden Stellenwert.

Ziel der gemeinsamen Erklärung ist es, die Bedeutung der Friedensbildung in baden-württembergischen Schulen zu betonen und sie in den Bildungsplänen besonders deutlich zu verankern. Das Ministerium für Kultus, Jugend und Sport gewährleistet, dass die Lehrkräfte des Landes über die inhaltliche und institutionelle Verankerung der Friedensbildung in ihrer Aus-, Fort- und Weiterbildung für diese Aufgaben sensibilisiert und qualifiziert werden.

Die gemeinsame Erklärung beruht auf einem umfassenden Verständnis einer Erziehung zur Friedensliebe. Die daraus abgeleiteten Handlungsfelder der Friedenserziehung und -bildung an Schulen umfassen ein breites Spektrum: Es reicht von Maßnahmen der Gewaltprävention (z.B. die Ausbildung von Schülerinnen und Schülern als Streitschlichter) über die Analyse der gewaltfördernden Strukturelemente in Gesellschaft und Wirtschaft bis hin zur Auseinandersetzung mit friedenspolitischen Fragestellungen in einer globalisierten Welt, z.B. mit den verschiedenen Konzepten ziviler Konfliktlösungen als Alternative zu militärischem Eingreifen.

Das Kultusministerium hat den Unterzeichnern dieser Erklärung einen Plan mit verschiedenen Maßnahmen zur Erreichung der genannten Ziele übermittelt und wird sie über die Entwicklungen, Erfahrungen und Herausforderungen in diesem Bereich regelmäßig informieren.

In gleicher Weise wirkt das Ministerium für Kultus, Jugend und Sport darauf hin, dass Friedenserziehung und gewaltfreie Konfliktlösung auch in den Feldern der außerschulischen Bildung gefördert werden.

Hagen Battran, 18.07.2014




Baden-Württemberg
MINISTERIUM FÜR KULTUS, JUGEND UND SPORT

Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg
Postfach 10 34 42 • 70029 Stuttgart

Runder Tisch Freiburg
Herrn
Hagen Battran
Holzweg 3
79194 Heuweiler

Stuttgart 10. Juli 2014
Durchwahl 0711 279-2617
Telefax 0711 279-2577
Name Philipp Steinle
Gebäude Thouretstr. 6 (Postquartier)
Aktenzeichen 32-6510.20/384/349
32-6510.20/384/351
(Bitte bei Antwort angeben)

 **Bildungsplanreform 2016**
Einführung einer Leitperspektive Friedenserziehung

Ihr Schreiben vom 20.5.2014

Sehr geehrter Herr Battran,

Herr Minister Andreas Stoch MdL dankt Ihnen für Ihr Schreiben, in dem Sie sich für die Aufnahme und Formulierung einer Leitperspektive Friedenserziehung im Rahmen der Bildungsplanreform 2016 aussprechen. Er hat mich beauftragt Ihnen zu antworten.

Wie wir Ihnen bereits in unserem Schreiben vom 28.2.2014 mitteilten, bieten die aktuell gültigen Bildungspläne der allgemein bildenden Schulen vielfältige Ansätze, um Themen wie gewaltfreie Konfliktlösung und Friedenserziehung bis hin zu Aspekten der Friedens- und Sicherheitspolitik im Unterricht zu behandeln.

Bei der Weiterentwicklung der Bildungspläne der allgemein bildenden Schulen werden die Themen Friedenserziehung und gewaltfreie Konfliktlösung ihren hohen Stellenwert behalten und vielfältig verankert sein.

In der Grundschule werden nach jetzigem Stand die Themen zukünftig in den Fachplänen Religionslehre, Deutsch und Sachunterricht behandelt. In der Sekundarstufe I finden sich Anknüpfungspunkte in den Fachplänen Geschichte, Gemeinschaftskunde,

Ethik und Religionslehre. Es muss allerdings betont werden, dass sich der Bildungsplan in der Entwicklung befindet und daher noch Änderungen vorgenommen werden können.

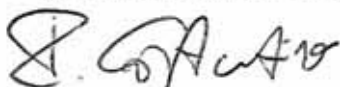
Zukünftig werden in den Bildungsplänen Leitperspektiven verankert, die sich an aktuellen Herausforderungen ausrichten und die Schülerinnen und Schüler auf Anforderungen in der Zukunft vorbereiten. Leitperspektiven sollen nicht einem einzigen Fach zugeordnet werden, sondern altersgerecht und fachdidaktisch begründet in verschiedenen Fächern aufgegriffen werden. Neben der Leitperspektive "Prävention und Gesundheitsförderung" ist insbesondere die Leitperspektive "Bildung für Toleranz und Akzeptanz von Vielfalt" für die Themen Friedenerziehung und gewaltfreie Konfliktlösung maßgebend. So ist die Erziehung zum Umgang mit Vielfalt und zur Toleranz auch ein wichtiger Beitrag zur Friedenserziehung. Folgende Kompetenzformulierungen sind dort u. a. explizit verankert: die Bedingungen eines friedlichen Miteinanders in einer pluralen Gesellschaft beschreiben, mit Konflikten konstruktiv umgehen und bei nicht-lösbaren Konflikten respektvolle und friedliche Formen des Umgangs miteinander entwickeln.

Im Hinblick auf eine verlässliche Grundlage für die Arbeit der Bildungsplankommissionen ist keine Aufnahme weiterer Leitperspektiven vorgesehen. Nach jetzigem Stand wird das Thema Friedenssicherung in der Einführung zu den neuen Bildungsplänen prominent benannt.

Herrn Minister ist die Stärkung der Friedenserziehung ein wichtiges Anliegen. Deshalb soll die bisherige Kooperationsvereinbarung mit der Bundeswehr in wesentlichen Punkten weiterentwickelt und zusätzlich die Friedensbildung im schulischen und außerschulischen Bereich gestärkt werden. Hierzu hat Herr Minister sowohl mit der Bundeswehr als auch mit Organisationen und Initiativen aus dem Bereich der Friedensbewegung intensive Gespräche geführt.

Weitere Informationen zur Bildungsplanreform und zu den Beteiligungsmöglichkeiten finden Sie im Internet unter www.kultusportal-bw.de (Schule in Baden-Württemberg/Bildungspläne). Dort ist auch das Arbeitspapier hinterlegt, das den Kommissionen als Grundlage zur Einarbeitung der Leitperspektiven in die Bildungspläne dient.

Mit freundlichen Grüßen



Renzo Costantino
Ministerialrat



Baden-Württemberg
MINISTERIUM FÜR KULTUS, JUGEND UND SPORT
DER MINISTER

Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg
Postfach 10 34 42 • 70029 Stuttgart

Deutsche Friedensgesellschaft –
Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen
(DFG-VK)
Herrn
Roland Blach
Werastraße 10
70182 Stuttgart

Stuttgart 10. JULI 2014
Aktenzeichen Z/Grundsatz
(Bitte bei Antwort angeben)

 **Friedensbildung in Baden-Württembergischen Schulen**

Sehr geehrter Herr Blach,

im Nachgang zum dritten Gespräch zwischen den Organisationen der Friedensbewegung und dem Kultusministerium am 5. Juni 2014 möchte ich mich noch einmal für den guten und intensiven Austausch in dieser Runde bedanken. Bitte geben Sie diesen Dank auch an die Vertreterinnen und Vertreter der anderen Friedensorganisationen weiter, die an dem vorgelegten Grundlagenpapier mitgearbeitet und sich konstruktiv und engagiert in diese wichtige Diskussion eingebracht haben.

Ich freue mich, dass sich die Organisationen und das Kultusministerium grundsätzlich darin einig sind, die Friedensbildung in unseren Schulen auszubauen, um die Schülerinnen und Schülern gemäß Artikel 12 der Landesverfassung noch stärker zur Friedensliebe zu erziehen. Wir sind uns einig geworden, dass wir in einem ersten Schritt dazu eine gemeinsame Erklärung verabschieden, um die Bedeutung der Thematik auch in der Öffentlichkeit stärker zu verankern. Ich bin überzeugt, dass diese Erklärung nicht nur symbolischen Charakter haben, sondern auch einen wichtigen Impuls für die öffentliche Wahrnehmung und eine gesellschaftliche Diskussion geben wird. In einem zweiten Schritt werden wir konkrete Maßnahmen ausarbeiten, um die Friedensbildung an unseren Schulen zusätzlich voranzubringen.

Zum weiteren Vorgehen: Anbei erhalten Sie eine neue Version für die gemeinsame Erklärung, die, wie besprochen, allgemeinen Charakter besitzen soll. Dementsprechend wurde der Entwurf des Kultusministeriums als Basis verwendet und mit Elementen aus Ihrem Entwurf ergänzt.

Mein Ziel ist es, die Inhalte der Erklärung möglichst zügig abzustimmen, um zeitnah im Anschluss eine Liste mit möglichen konkreten Maßnahmen ausarbeiten und prüfen zu können. Deshalb würde ich mich freuen, wenn Sie Ihre Rückmeldungen zu dem neuen Entwurf möglichst bald meinen Mitarbeitern per Mail (benjamin.godde@km.kv.bwl.de) zukommen lassen könnten. Anschließend soll die Sitzung der vereinbarten Redaktionsgruppe stattfinden; bezüglich der Terminabstimmung kommen meine Mitarbeiter auf Sie zu.

Nachdem die grundsätzliche Ausrichtung der gemeinsamen Erklärung nun feststeht, würde ich Sie zudem bitten, möglichst zeitnah mit den anderen beteiligten Organisationen abzuklären, wer dieses Papier mittragen und unterzeichnen möchte. Bitte lassen Sie diese Liste dann ebenfalls meinen Mitarbeitern zukommen.

Ich freue mich auf den weiteren Austausch und bedanke mich für Ihr Engagement.

Mit freundlichem Gruß


Andreas Stoch MdL

Gemeinsame Erklärung
des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport
– vertreten durch Minister Andreas Stoch MdL –

(...)

und

(...)

zur Stärkung der Friedensbildung in den baden-württembergischen Schulen.

Der Artikel 12 der Landesverfassung regelt, dass die Jugend u.a. zur "Brüderlichkeit aller Menschen und zu Friedensliebe" zu erziehen ist. Diese Aufgabe kommt den Eltern, den Schulen des Landes, aber auch der außerschulischen Jugendbildung sowie der Kinder- und Jugendarbeit zu. Die Umsetzung dieser Aufgabe hat für die baden-württembergische Landesregierung hohe Priorität.

Das gewaltfreie Zusammenleben in Schule und Gesellschaft ist ein hohes Gut und keineswegs selbstverständlich. Es bedarf dafür der Auseinandersetzung mit den unterschiedlichen Formen von Gewalt sowie der Erarbeitung von Strategien gegen Gewalt und der Entwicklung eines Bewusstseins, wie Menschen im großen wie im kleinen Maßstab respektvoll miteinander zusammen leben können. Das Ringen um diese Antworten und die Förderung der eigenständigen Meinungsbildung auf Basis der Grundsätze des Beutelsbacher Konsenses haben in der Schule und in der außerschulischen Bildungsarbeit einen herausragenden Stellenwert.

Ziel der gemeinsamen Erklärung ist es, die Bedeutung der Friedensbildung in baden-württembergischen Schulen zu betonen und sie dort noch stärker zu verankern.

Die Umsetzung dieser Aufgabe geschieht in den Schulen im Rahmen der Auseinandersetzung mit den Unterrichtsinhalten. So werden die Jugendlichen im Unterricht über die grundlegenden Möglichkeiten zum Schutz der Menschenrechte und zur Wahrung von Frieden und Sicherheit informiert. Die Chancen, Erfolge und Probleme der Friedenssicherung werden thematisiert, sicherheitspolitische Herausforderungen und Lösungsversuche anhand von Einzelfällen diskutiert. Die Notwendigkeit und die Legitimität humanitärer Interventionen werden im Unterricht erörtert, Ursachen von Konflikten, Krisen und Kriegen analysiert sowie der Beitrag internationaler Organisationen zur Friedenssicherung und Konfliktbewältigung untersucht. Diese Aufgabe ist als eine Querschnittsaufgabe über die verschiedenen Fächer hinweg angelegt. Den Lehrerinnen und Lehrern kommt hierbei auch die Aufgabe zu, unter Einhaltung der Grundsätze des Beutelsbacher Konsenses und anerkannter fachlicher Standards den Besuch externer Experten angemessen im Unterricht vor- und nachzubereiten.

Das Ministerium für Kultus, Jugend und Sport sowie die Partner dieser Vereinbarung sind sich bewusst, dass Friedensbildung nicht nur eine Frage der Auseinandersetzung mit Unterrichtsgegenständen ist, sondern auch von der von den Jugendlichen erlebten Kultur der Konfliktlösung im schulischen Alltag abhängt. Sie setzt sich des-

halb für kritische Reflexion der schulischen Kultur ein, unterstützt beispielsweise Programme für Streitschlichter und Angebote zur Mediation und Beratung im schulischen Bereich und fördert auf diese Art und Weise sowohl die Prävention von Gewalt als auch die Einübung von friedlicher Konfliktlösung durch die Jugendlichen.

Das Kultusministerium wird den Unterzeichnern dieser Erklärung im Anschluss einen Plan mit verschiedenen Maßnahmen zur Erreichung der genannten Ziele übermitteln und sie über die Entwicklungen, Erfahrungen und Herausforderungen in diesem Bereich regelmäßig informieren.

In gleicher Weise wirkt das Ministerium für Kultus, Jugend und Sport darauf hin, dass Friedenserziehung und gewaltfreie Konfliktlösung auch in den Feldern der außerschulischen Bildung gefördert werden.

ENTWURF



<https://www.dfg-vk.de/thematisches/schulfrei-fuer-die-bundeswehr/2014/958>
17.06.2014

Ersatzlose Kündigung der Kooperationsvereinbarung mit der Bundeswehr!



Anlässlich ihres Gespräches mit dem Baden-Württembergischen Kultusminister Andreas Stoch (SPD) am 05. Juni 2014 und der diesbezüglichen Berichterstattung erklärt die Landes-Kampagne „Schulfrei für die Bundeswehr – Lernen für den Frieden“:

- Die Kampagne fordert weiterhin die ersatzlose Kündigung der Kooperationsvereinbarung vom 04. 12. 2009 zwischen dem baden-württembergischen Kultusminister und der Bundeswehr. Sie wird dieses Hauptziel hartnäckig und mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln zu erreichen suchen.
- Ebenso kompromisslos lehnt die Kampagne jedes Angebot ab, mit ihr eine entsprechende Kooperationsvereinbarung zum erleichterten Zugang zu Schulen und Lehrerausbildung abzuschließen.
- Vielmehr fordert sie die Landesregierung auf, nach 60 Jahren endlich dem Verfassungsgebot aus Art. 12 Landesverfassung nachzukommen und die Erziehung der Jugend „zur Brüderlichkeit aller Menschen und zur Friedensliebe“ in den Bildungsplänen und in der Aus- und Fortbildung der Lehrkräfte unübersehbar und nachhaltig zu verankern.
- Dazu ist es unerlässlich, die eigenständige Leitperspektive „Friedensbildung“ in die laufende Bildungsplanreform aufzunehmen und sie damit zum verbindlichen Wegweiser für die Arbeit der Bildungsplankommissionen zu machen.
- Die Kampagne wird generell ihre Bemühungen verstärken, Friedensbildung inhaltlich, personell und institutionell in den Schulen, Hochschulen und Lehrerbildungseinrichtungen des Landes zu verankern.

Hintergrund:

Auf Einladung von Kultusminister Andreas Stoch (SPD) hat am 5. Juni 2014 das dritte Gespräch zu den o.g. Themen stattgefunden. Teilgenommen haben der Minister und Beamtinnen und Beamte des KM einerseits und andererseits Vertreterinnen und Vertreter von Friedensorganisationen und –institutionen rund um die Kampagne „Schulfrei für die Bundeswehr – Lernen für den Frieden“.

Träger der seit 2010 laufenden Kampagne sind: DFG-VK Baden-Württemberg, Informationsstelle Militarisation, Ohne Rüstung Leben, Pax Christi Baden-Württemberg, Werkstatt für Gewaltfreie Aktion Baden, Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Baden-Württemberg, Ökumenisches Netz Baden-Württemberg, Offenes Treffen gegen Militarismus und Krieg Stuttgart, Pax an - Werkstatt für Pazifismus, Friedenspädagogik und Völkerverständigung e.V., Die AnStifter, Deutsches Mennonitisches Friedenskomitee, die Pressehütte Mutlangen, Runder Tisch „Schulfrei für die Bundeswehr – Lernen für den Frieden“ Freiburg, Freiburger Friedensforum, Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten (VVN-BdA) und Initiative gegen Militärforschung an Universitäten. Außerdem engagieren sich darin verschiedene Einzelpersonen.

[PM 17.06.2014 "Ersatzlose Kündigung der Kooperationsvereinbarung mit der Bundeswehr!"](https://www.dfg-vk.de/thematisches/schulfrei-fuer-die-bundeswehr/2014/958)

Presse- Artikel vom 11. Juni 2014 zur Thematik „Kooperation Bundeswehr/Schulen“ in Baden-Württemberg

Badische Zeitung

Streit um Bundeswehr in Schulen – Pazifisten sollen mitwirken dürfen

Mehr zum Thema: Karriereberatung: [Bundeswehr kommt mit Jugendoffizieren in Schulen](#)

SüdwestPresse

Bundeswehr und Pazifisten an Schulen auf Augenhöhe

Tagblatt

Landesregierung kooperiert nicht mehr allein mit Jugendoffizieren

Zollern-Alb-Kurier

Bundeswehr und Pazifisten an Schulen auf Augenhöhe



Koordination: DFG-VK Baden-Württemberg, Werastr. 10, 70182 Stuttgart, 0711-51885601,
ba-wue@dfg-vk.de, www.schulfrei-für-die-bundeswehr.de

Stuttgart, 21. März 2014

Pressemitteilung zur didacta Bildungsmesse

Friedensbildung statt Militärwerbung: „Schulfrei für die Bundeswehr“ 25. und 28. März: Proteste vor den Messehallen

Die Kampagne „Schulfrei für die Bundeswehr. Lernen für den Frieden“ protestiert mit einer Mahnwache zu Beginn der didacta („Europas größte Fachmesse rund um Bildung“) am Dienstag, 25. März von 9 Uhr – 10 Uhr 30 sowie am Freitag, 28. März von 10 Uhr – 18 Uhr auf der Messe-piazza beim Eingang Ost gegen die Präsenz der Bundeswehr und fordert stattdessen „Friedensbildung statt Militärwerbung“. Am 26. März beschäftigt sich zudem der gleichnamige Workshop der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) ab 13 Uhr mit dem Thema.

Nach den vorliegenden Informationen hat die Bundeswehr den größten Stand in Halle 5 auf der didacta. Die Bundeswehr selbst bezeichnet ihren Auftritt in einer Übersicht über alle wichtigen Messetermine 2014 als „bunte Mischung aus Exponaten, Spielen, Fakten zu aktuellen Themen, Informationen zur Sicherheits- und Verteidigungspolitik sowie Beratungen zum Thema Karriere-möglichkeiten in der Bundeswehr“. Und weiter heißt es: „Das Team des Zentralen Messe- und Eventmarketings (ZeMEM) stellt auch in diesem Jahr den Arbeitgeber Bundeswehr vor“.

Jugendoffiziere bieten erneut das Simulationsspiel POL&IS an. „POL&IS zeichnet ein Bild der politischen, wirtschaftlichen und ökologischen Wirklichkeit, das den spielenden Schülern und Lehrern Militäreinsätze zur Konfliktbearbeitung als „normal“ und nützlich erscheinen lässt“ so Roland Blach, Kampagnenkoordinator und Landesgeschäftsführer der Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK) Baden-Württemberg.

„Wir wehren uns gegen die zunehmend stärkere Präsenz der Bundeswehr an Schulen und auf Messen wie der didacta“ so Blach. „Die Privilegien, die der Bundeswehr wie keiner anderen Institution zugestanden werden, müssen beendet werden“ fordert Blach weiter. „Dazu gehören die vielfältigen Werbemöglichkeiten für die militärorientierte „Sicherheitspolitik“ und für den „normalen Arbeitgeber“ Bundeswehr. Auf einer Bildungsmesse wie der didacta hat dies nichts zu suchen“. Blach fühlt sich ermutigt: „10 militärfreie Schulen und 16 Hochschulen mit Zivilklausel sind motivierende Friedenssignale in der Bildung“.

Daher setzt sich die Kampagne auch weiter für eine ersatzlose Kündigung der Kooperationsvereinbarung zwischen dem Kultusministerium Baden-Württemberg und der Bundeswehr ein. Ferner für ein Verbot der Anwerbung und Ausbildung von Minderjährigen, die Aufnahme des Leitprinzips „Bildung zur Menschlichkeit und Friedensliebe“ in alle schulischen Bildungspläne gemäß Art.12 der Landesverfassung, den Aufbau von Kapazitäten der Friedensforschung und der Friedenspädagogik an den Hochschulen und Lehrerbildungseinrichtungen des Landes.

Kontakt: Roland Blach, Kampagnenkoordinator: 0711-51885601, 0177-2507286

Reader

Schulfrei für die Bundeswehr
Lernen für den Frieden

zur Aktionskonferenz am 22. Januar 2014 Thema: Zivilklausel

Aktionskonferenz 22. Januar 2014

ver.di-Landesbezirksverwaltung tHeo.1 Stuttgart
Moderation Susanne Hellstern (Pax Christi) und Renate Wanie (Werkstatt für Gewaltfreie Aktion Baden)

1. Eröffnung (Roland Blach, DFG-VK Bundessprecher und Landesgeschäftsführer Ba-Wü)
2. Grußbotschaft Prof. Dr. Gregor Lang-Wojtasik (PH Weingarten, schriftlich)
3. Kurze thematische Inputs
 - Kündigung der Kooperationsvereinbarung, 10 bundeswehrfreie Schulen (Hagen Battran)
 - Zivilklausel an 14 Hochschulen, Hochschulgesetz, Rüstungsforschung (Dr. Dietrich Schulze)
4. Video-Clip „Bildung ohne Bundeswehr“ (5 Minuten Hochspannung)
5. Erfahrungsaustausch über öffentlichkeitwirksame Aktionen 2012/13
6. Beratung über neue druckvolle und demonstrative Aktionen
7. Entscheidung mit Terminfestlegung

Grußbotschaft: Die Worte von Prof. Gregor Lang-Wojtasik versprechen eine nachhaltige Wirkung auf Studierende und Jugend (S. 2-4). Er selbst kann als Whistleblower gesehen werden, s. NRhZ-Artikel „NEIN zu olivgrüner Wissenschaft“ (S. 5-8)

Vorgeschichte: PM der DFG-VK zur Tagung „Lernen für den Frieden“ im Nov. 2013 im Karlsruher Bonhoeffer-Haus (S. 9) mit Hinweis auf den Tagungsreader zum besseren Verständnis der Motive für die Aktionskonferenz.

Status Zivilklauseln: 14 Hochschulen mit Zivilklausel (S. 11) im Beitrag „Kontra Kriegspolitik an Hochschulen »Yes We Can«“ ver.di/GEW-Tagung Juni 2013 München gegen Kooperationsvereinbarung und für Zivilklausel mit Würdigung des Holocaust-Überlebenden Martin Löwenberg und seines lebenslangen Leitspruchs „Mit den Waffen des Geistes - gegen den Geist der Waffen“ (S. 10-15).

Pentagon-Finanzierung: Aktuelle PM der Initiative gegen Militärforschung an Universitäten über fünf solche Forschungsprojekte am KIT mit Forderung nach Zivilklausel und unverzüglicher Beendigung eines laufenden Projekts (S. 16).

Tötungswissenschaft: Hintergrundbericht in NRhZ über Pentagon-Finanzierung, reales Transparenz-Geschwafel und Hinweis auf die Aktionskonferenz (S. 17-20).

Vertuscher-Gilde: Hintergrundbericht in NRhZ mit aktuellen Beispielen über akademische Rechtfertigungsversuche zur Militärfinanzierung (S. 21-23).

KIT-Ethikleitlinien: angeblicher Ersatz für geforderte Zivilklausel, wie auch der neue KIT-Präsident Prof. Holger Hanselka meint > Emails Sept. 2013 (S. 24-26).

ver.di-Beschlüsse: LDK März 2011: Ethik-Kommission als Ergänzung statt Ersatz für Zivilklausel (S. 27-28). LBV Febr. 2012 zur Kampagne "Schulfrei für die Bundeswehr" und Aufklärung über die Militarisierung der Gesellschaft (S. 29-30).

GEW-Interview: „Mit den Waffen des Geistes – gegen den Geist der Waffen“ b&w 09/2013 der GEW BaWü über den Zusammenhang der Initiativen für militärfreie Bildung (S. 31-32). s. auch Jahresrückblick 2013 bei DFG-VK BaWü.

Kamke-Appell: 1946 Erster Mathematiker-Kongress nach der Befreiung an der Uni Tübingen: Der verdrängte hippokratische Eid der Wissenschaften (S. 23).

Zusammenstellung: Dr.-Ing. Dietrich Schulze
Mitglied im SprecherInnenkreis der Initiative
gegen Militärforschung an Universitäten
dietrich.schulze@gmx.de 21.01.2014

Initiative gegen Militärforschung an Universitäten
Jetzt entrüsten: Zivilklausel!
www.stattweb.de/files/DokuKITcivil.pdf WebDoku

INITIATIVE
GEGEN MILITÄRFORSCHUNG AN UNIVERSITÄTEN

**Prof. Dr. Gregor Lang-Wojtasik,
Pädagogische Hochschule Weingarten**

Grußwort zur Aktionskonferenz ,Aufstehen für militärfreie Schulen und Hochschulen‘

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
liebe Friedensfreundinnen und -freunde
einer aktiven Zivilgesellschaft!

„Es gibt keinen Weg zum Frieden – Frieden ist der Weg!“. Dieses Zitat, das Mohandas K. Gandhi zugeschrieben wird, verdeutlicht klar, was unsere Reise sein kann. Wir müssen klar machen, wofür wir stehen und damit einschließen, wogegen wir votieren! Denn Frieden ist mehr als die Abwesenheit von Krieg oder eine wie auch immer geartete Sicherheit. Vor dem Hintergrund der mahnenden deutschen Geschichte geht es darum, konstruktive Alternativen der Konfliktlösung jenseits (militärischer) Gewalt als pragmatische Visionen lebbar zu machen.

Auf der Jahrestagung des Versöhnungsbundes im Jahre 2012 in Arendsee nahm ich zum ersten Mal bewusst das Thema ‚Zivilklausel‘ wahr und realisierte bei meiner Rückkehr an meinen Hochschulstandort mit anderen Augen, in was für einer Region ich eigentlich lebe und forsche. Daher kontaktierte ich verschiedene meiner Kolleg_innen, bei denen ich von einer pazifistischen Grundhaltung ausging, und kurz darauf entstand der interdisziplinäre Arbeitskreis Frieden. In diesem versuchen wir zu klären, was wir unter einer aktiven Zivilgesellschaft verstehen, was in diesem Zusammenhang Zivilcourage bedeutet und wie wir dies in die Hochschulöffentlichkeit bringen können.

Seit Herbst 2012 haben wir Anläufe im Senat und auf Fakultätsebene unternommen, die Grundordnung der PH Weingarten um eine Präambel zu erweitern und darin den Passus einer Zivil-/Friedensklausel – angelehnt an Formulierungen anderer Hochschulen – zu verankern:

„[...] Durch die aktive Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses, durch die Chancengleichheit aller Hochschulmitglieder in allen Bereichen, durch ihr Selbstverständnis als gesellschaftlicher Impulsgeber und durch ihre Verpflichtung auf die freiheitlich-demokratische Grundordnung versteht sich die PH Weingarten als Ort der Begegnung und wertschätzenden Kommunikation. Lehre, Forschung, Studium und Weiterbildung sollen ausschließlich friedlich-zivilen Zwecken dienen, die das Zusammenleben der Völker bereichern und im Bewusstsein der Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen erfolgen.“

Darüber hinaus umfasst der Antrag eine aktive Unterstützung hochschulöffentlicher Debatten zu friedenspolitischen Themen im Horizont der Nachhaltigkeit und internationalen Gerechtigkeit sowie die Förderung nach Etablierung einer konstruktiven Streit- und Konfliktkultur (z.B. durch Fort- und Weiterbildungen) für alle Mitglieder der Hochschule.

Über diese Initiative ist auch in der Schwäbischen Zeitung (1) (2) berichtet worden und es hat ein großes Echo durch Zuschriften der Lesenden an die Zeitung gegeben. In den Zuschriften wird deutlich, dass in der Öffentlichkeit ein großes Interesse an Transparenz herrscht, was in Hochschulen als öffentlichen Einrichtungen in Forschung und Lehre passiert. Unser Anliegen löste zunächst bei manchen Kolleg_innen

Unverständnis aus, da wir doch ‚keine Waffen produzierten‘, wo sei also der Nutzen einer solchen

Initiative? Wir arbeiten an der Schärfung des Bewusstseins der Hochschulmitglieder, dass Kriegspolitik nicht an den Werkbänken der Unternehmen in der Region beginnt, sondern in den Köpfen derer, die eine solche Produktion hinnehmen und sich einer Politik anvertrauen, die Frieden mit Sicherheit gleichsetzt. Unsere Studierenden sind mit Heranwachsenden konfrontiert, die konstruktive Konfliktlösungen kennen lernen sollen, um demokratisch zu handeln. Sie leben gleichzeitig in einer Region, in der Kriege durch Rüstungsproduktion mit vorbereitet werden. Unsere Forschung und unsere Tagungen sind zunehmend auf Drittmittel angewiesen, die eben auch von Unternehmen aus der Region stammen können, die zu einer großen Zahl Waffen produzieren.

Die Mündigkeit des Menschen ist das übergeordnete Ziel von Erziehung und Bildung, um eine lebendige Demokratie zu ermöglichen. In diesem Sinne ist es die Aufgabe einer bildungswissenschaftlichen Hochschule, angehende Pädagog_innen in die Lage zu versetzen, die Entwicklung von Mündigkeit bei sich und ihren Adressat_innen, selbstbestimmt, mitbestimmend und solidarisch (Klafki) zu fördern. Grundlegend ist eine ethische Selbstverortung, um reflexive Eigenverantwortung und Courage für Partizipation in einer streitbaren Demokratie leben zu können. Letztlich geht es darum, den Wert der Menschlichkeit des Menschen zu erkennen, dafür einzutreten und Entwicklungen zu erkennen, die einer humanen Wertegemeinschaft entgegenwirken. Es ist notwendig, sich immer wieder neu rück zu versichern, was mit Frieden, Gerechtigkeit, Nachhaltigkeit, als oder Bewahrung der Schöpfung gemeint ist.

An unserer Hochschule haben wir die Situation, dass es zwischen Befürworter_innen und -gegner_innen einer Friedensklausel keine unüberwindbaren persönlichen Gräben gibt. So ist eine Debatte möglich, die sich auf die Sache konzentriert und in der sich die Beteiligten um einen konstruktiven Dialog auf Augenhöhe bemühen.

Dass die Bundeswehr zunehmend auch in Schulen und Hochschulen präsent sein soll, ist nicht nachvollziehbar. Welchem gesellschaftlichen Akteur wird dieses Privileg noch eingeräumt? Wenn es stimmt, was die Ministerin von der Leyen sagt, dass die Bundeswehr ein familienfreundliches Unternehmen werden soll, stellt sich die Frage, warum gerade dieses Unternehmen einen besonderen Zugang zur Bildungsarbeit bekommen soll. Hochschulen und Schulen müssen ein Diskursfeld bleiben, das Freiheit in Frieden gewährleistet. Niemand ist gezwungen, Rüstungsforschung zu betreiben oder Bundeswehr-bejahende Lehre zu veranstalten. Ob dies eine Einschränkung der Freiheit von Lehre und Forschung bedeutet, ist umstritten. Festzuhalten ist, dass in Deutschland nicht alles erforscht werden darf, was erforschbar ist.

Vor dem Hintergrund menschenverachtender Phasen der deutschen Geschichte, gibt es klare Einschränkungen dessen, was wissenschaftlich möglich ist (z.B. Menschen-/Tierversuche). Denn es werden ethische Fragen berührt, die einer Demokratie zuwider laufen. Warum soll es im Falle des Friedens anders sein?

Ich wünsche der Aktionskonferenz einen Streitbar-konstruktiven Verlauf.